

Bürgergeld, Kampf gegen AfD, Umverteilung – Wie die SPD um ihre Identität ringt



Von **Hannah Bethke**
Politik-Redakteurin

Veröffentlicht am 03.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



SPD-Bundesvorsitzende Lars Klingbeil und Bärbel Bas

Quelle: picture alliance/photothek.de/Florian Gaertner

Der Konsens über die geplante Bürgergeld-Reform bröckelt bei der SPD deutlich. Der Streit steht für eine tiefe Identitätskrise der Sozialdemokratie. Auch im Kampf gegen die AfD, der die Partei eint wie kein anderes Thema, fehlt eine überzeugende Kommunikation. Wohin steuert die SPD?

Kaum ist die SPD dabei, sich zu erneuern und zur produktiven Zusammenarbeit mit der Union beizutragen, rudert sie zurück. Nach dem jüngsten Koalitionsausschuss Anfang Oktober hatten die Sozialdemokraten einen gewaltigen Schritt gewagt – sie befreiten sich von den Fallstricken des Bürgergelds und gingen in ihren Reformbemühungen so weit, dass Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) einen beachtlichen Erfolg seiner Agenda verkünden konnte.

Unter seiner Führung sollte dem Missbrauch staatlicher Sozialleistungen (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68f8723d52e44f9a6954233c/enorme-belastung-fuer-kommunen-die-kaum-bekannten-kostentreiber-des-ausufernden-sozialstaats.html>) ein Riegel vorgeschoben werden. Arbeit müsse sich mehr lohnen als Arbeitslosigkeit: So verkündete es auch Arbeitsministerin und SPD-Chefin Bärbel Bas, die wohlgerne zum linken Flügel der Partei gehört.

Endlich schienen die Sozialdemokraten die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Denn anders als einst erhofft wird das Bürgergeld in weiten Teilen der Bevölkerung nicht als Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit wahrgenommen, sondern als soziale Hängematte auf Kosten der Fleißigen. Die SPD stand unter Handlungsdruck, wollte sie nicht länger als Partei für jene gelten, die sich gern auf den Segnungen des deutschen Sozialstaates ausruhen.

Nun aber beherrschen ganz andere Aussagen die Schlagzeilen. Während die Nachwuchsorganisation Jusos unter ihrem Vorsitzenden [Philipp Türmer \(https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus250225044/Feindbild-Reiche-Der-vulgaere-Klassenkampf-des-Juso-Chefs.html\)](https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus250225044/Feindbild-Reiche-Der-vulgaere-Klassenkampf-des-Juso-Chefs.html) in altbekannter Sozialismus-Manier „konsequenten Klassenkampf“ fordert, schließt sich auch der konservative Seeheimer Kreis linken Umverteilungsplänen an und spricht sich in einem Strategiepapier für eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer aus. Gleichzeitig planen die Jusos mit Parteikollegen ein Mitgliederbegehren gegen die Reform des Bürgergelds.

[„Liebe SPD, bleib stabil!“ \(https://mitgliederbegehren.org/\)](https://mitgliederbegehren.org/) So ist das Begehren überschrieben, das bereits mehr als 3000 Mitglieder unterzeichnet haben. „Als Sozialdemokrat*innen kämpfen wir schon immer gegen all jene, die eine Entsolidarisierung vorantreiben und den Sozialstaat zurückdrängen wollten“, heißt es weiter. Die Unterzeichner fordern, die Verschärfung der Sanktionen beim Bürgergeld zurückzunehmen, dieses „als existenzsichernde Leistung weiterzuentwickeln“ und soziale Ungleichheit abzubauen. Aus Sicht der aufgebrachten Genossen reproduzieren Debatten über Arbeitsverweigerung „rechte und neoliberale Narrative“. Der Regierung werfen sie vor, sozialdemokratische Werte durch eine Politik infrage zu stellen, „die wieder auf Misstrauen und Strafe setzt“.

Der Vorstand der SPD stellte am vergangenen Dienstag unterdessen klar, es sei dort bislang kein Mitgliederbegehren angezeigt worden. Eine Sprecherin erklärte, ein erfolgreich eingeleitetes Begehren komme erst zustande, „wenn es binnen einer Frist von drei Monaten von 20 Prozent der Mitglieder unterstützt wird“. Die SPD hat rund 358.000 Mitglieder.

Momentan ist es nicht wahrscheinlich, dass die kleine Rebellion der Parteibasis von Erfolg gekrönt sein wird. Und doch trifft ihr Argwohn den Kern des Problems. So warnen die Unterzeichner davor, es dürfe keine „Wiederauflage der Agenda 2010“ geben, die unter dem damaligen SPD-Kanzler Gerhard Schröder eingeführt worden war und zu heftigen Zerwürfnissen innerhalb der Partei geführt hatte.

Zur Debatte steht mithin nicht weniger als die Identität der Sozialdemokratie. Wer allerdings in der Partei eine klare Antwort sucht, was darunter zu verstehen sei, wird sie nicht finden.

Die einen rücken nach links, die anderen in die Mitte, die nächsten können ihre Oppositionshaltung zur CDU und CSU nicht überwinden, mit denen sie doch eigentlich regieren sollen. Auch das neue Grundsatzprogramm, das derzeit erarbeitet wird und bis Ende 2027 abgeschlossen sein soll, hat bisher wenig Licht ins Dunkel gebracht. Zu heterogen sind die Interpretationen der sozialdemokratischen Idee, zu inkonsistent die Prioritätensetzungen, zu unklar Aufgabe, Zweck und Selbstverständnis der SPD in den Zwanzigerjahren des 21. Jahrhunderts.

Umgang mit AfD? „Die Gremien beraten kontinuierlich...“

Selbst im Kampf gegen die AfD, der die Sozialdemokraten eint wie kein anderes Thema, hapert es mittlerweile an überzeugender Kommunikation. Auf Nachfrage von WELT AM SONNTAG, ob die SPD eine Strategie für den Umgang mit der AfD erarbeite, teilte ein Sprecher lediglich mit: „Die Gremien der SPD beraten unter Führung der Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs kontinuierlich über die strategische Ausrichtung der Partei.“ Die Vorbereitung auf die Wahlkämpfe für fünf Landtagswahlen im kommenden Jahr spiele dabei eine zentrale Rolle.

Auf ihrem Parteitag im Juni hatten die Sozialdemokraten einstimmig entschieden, Vorbereitungen für ein [AfD-Verbotsverfahren \(https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68eccd3doc19a688ca7509f4/kurs-auf-afd-verbotsverfahren-gegen-rechtsextremisten-hat-man-vor-gericht-zu-gewinnen.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68eccd3doc19a688ca7509f4/kurs-auf-afd-verbotsverfahren-gegen-rechtsextremisten-hat-man-vor-gericht-zu-gewinnen.html) zu treffen. Es besteht also kein Zweifel an ihrem Kurs gegen die in Teilen rechtsextremistische Partei. Dennoch haben Äußerungen von Brandenburgs SPD-Regierungschef Dietmar Woidke kürzlich für Irritationen gesorgt.

So sagte er, die AfD habe es selbst in der Hand, die „Brandmauer“ überflüssig zu machen – „indem sie alle Extremisten, alle Neonazis, alle ehemaligen NPD-Mitglieder und viele andere, die diesen Staat verachten, die die Demokratie und die Freiheit verachten, rausschmeißen“. Eigentlich hätte jeder wissen können, wie das gemeint war, denn das käme nicht nur aus Sicht der SPD einer Auflösung der AfD gleich. Doch ebenso hätte Woidke wissen müssen, dass solche Bemerkungen Missverständnisse hervorrufen.

Schon bekam er Beifall von der falschen Seite, während andere an der Standfestigkeit der SPD in dieser Frage zweifelten. Und so reiht sich bei den Sozialdemokraten vom Bürgergeld über die Erbschaftsteuer, vom Ärger über die „Stadtbild“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68f91b4b5cbbdoeo258351fd/nach-heftiger-kritik-jetzt-erklaert-der-kanzler-was-er-mit-stadtbild-gemeint-hat-umfrage-stuetzt-merz.html>) -Debatte bis zum Umgang mit der AfD ein missglückter Auftritt nach dem anderen.

Die Verantwortung für solche Störungen politischer Handlungsfähigkeit liegt jedoch nicht allein bei der SPD. Die Dynamiken der digitalen Öffentlichkeit verstärken die Verdrängung sachorientierter Diskussion durch Empörungsreflexe. Ein Paradebeispiel dafür lieferte jüngst die Aufregung über eine Aussage des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil.

In einer Rede auf dem Kongress der Industriegewerkschaft IGBCE hatte er Merz für seine Äußerung zum Stadtbild kritisiert, ohne ihn namentlich zu erwähnen: „Ich möchte in einem Land leben, in dem nicht das Aussehen darüber entscheidet, ob man ins Stadtbild passt.“ Kaum wurden diese Worte im Netz verbreitet, war die Eskalationsspirale öffentlicher Entrüstung in Gang gesetzt: Klingbeil spalte, die SPD attackiere, die Koalition sei nicht regierungsfähig. Dass der Vizekanzler Merz auch verteidigt hat, blieb mehrheitlich unerwähnt – und möglicherweise auch unerkannt.

So sagte Klingbeil in derselben Rede: „Mich treibt die Polarisierung um, mich treibt um, dass in Debatten jemand als rechtsextrem und rassistisch beschimpft wird, von dem man weiß, der meint das nicht so. Wir müssen aufpassen, welchen Stempel wir jemanden aufdrücken.“ Sieht so eine Attacke gegen die Union und den Kanzler aus? Klingbeil sagte außerdem: „Mich treibt auch um, dass es das Gefühl in der

Gesellschaft gibt, man dürfte Probleme nicht mehr ansprechen. Wir haben in manchen Städten ein Sicherheitsproblem. Das ist da, und das muss man adressieren können.“

Die Realität ist selten schwarz oder weiß. Dies anzuerkennen, ist nicht bloß eine Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie.

Politikredakteurin [Hannah Bethke](https://www.welt.de/autor/hannah-bethke/) ist bei WELT zuständig für die SPD und innenpolitische Debatten.